



## Analyse des Budgetdienstes

### Budgetvollzug Jänner bis Mai 2014

#### Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Per Mai 2014 sind die Einzahlungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1,5 Mrd. EUR oder 5,9 % angestiegen (budgetierter Jahreswert +1,2 %). Zuletzt hat sich diese Entwicklung etwas abgeschwächt, bis Ende April 2014 betrug das Wachstum der Einzahlungen noch 6,9 %. Die im Vorjahresvergleich deutlich höheren Einzahlungen gehen zum überwiegenden Teil auf steigende Abgabenerfolge zurück, darüber hinaus erfolgte im März 2014 die Rückzahlung von Partizipationskapital durch die BAWAG P.S.K (350 Mio. EUR).
- Auch die Auszahlungen sind im Vorjahresvergleich um 5,6 % bzw. 1,7 Mrd. EUR angestiegen, für das gesamte Jahr ist ein deutlich geringeres Wachstum der Auszahlungen iHv 0,3 % budgetiert. Die höhere Auszahlungen erfolgten insbesondere für die Bankenhilfe (750 Mio. EUR für die Hypo-Alpe-Adria AG im April) und für die UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge (+545 Mio. EUR).
- Die öffentlichen Bruttoabgaben sind bis Ende Mai um rd. 1,4 Mrd. EUR bzw. 4,7 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr wurde im BVA ein Anstieg von 3,9 % angenommen. Die Einzahlungen aus der Lohn- und Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer auf Dividenden haben sich bisher besser, jene aus der Umsatzsteuer schlechter als erwartet entwickelt.
- Aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit kam es gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres mit 2,9 Mrd. EUR zu höheren Auszahlungen (+8,6 %) aus der Arbeitslosenversicherung, der budgetierte Jahresanstieg beträgt 4,8 %. Die wachsenden Beschäftigung bewirkte jedoch auch steigende Beitragszahlungen, der Anstieg bis Ende Mai 2014 beläuft sich auf 4,8 % (budgetierter Jahreswert 3,1 %).



- Gemäß dem Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Ergebnisse des Budgetcontrollings soll der weitere Budgetvollzug 2014 äußerst restriktiv sein und das Ergebnis gegenüber dem Voranschlag noch verbessert werden. Am 8. April 2014 fasste der Ministerrat den Beschluss, der Einhaltung der Budgetziele oberste Priorität zuzuerkennen. Im Zuge der haushaltspolitischen Überwachung der Europäischen Union sicherte Österreich der Europäischen Kommission zu, den strukturellen Haushaltssaldo 2014 mit Konsolidierungsmaßnahmen iHv rd. 1 Mrd. EUR nachzubessern, notfalls sollen dazu Mittelverwendungsbindungen vorgenommen werden. Zur Jahresmitte plant der Bundesminister für Finanzen Gespräche zum Budgetcontrolling auf politischer Ebene, um gegebenenfalls Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.
- Darüber hinaus enthält der Budgetcontrollingbericht des Bundesministers für Finanzen keine Informationen zur voraussichtlichen Budgetentwicklung. Budgetcontrollingberichte sollten eine Prognose des voraussichtlichen Jahresergebnisses enthalten, prognostizierte wesentliche Abweichungen vom Voranschlag darstellen und begründen sowie beabsichtigte, Gegensteuerungsmaßnahmen quantifizieren. Der Bericht sollte mögliche Risiken aufzeigen und näher erläutern.
- Aus Sicht des Budgetdienstes bestehen für den Budgetvollzug weiterhin nicht unerhebliche Risiken. WIFO und IHS revidieren in ihren aktuellen Konjunkturprognosen das BIP-Wachstum für 2014 von 1,7 % auf 1,4 % (WIFO) bzw. 1,5 % (IHS). Dementsprechend geht das WIFO von geringfügig höheren Arbeitslosenquoten aus, für 2014 werden 8,1 % (zuletzt 8,0 %) erwartet. Das IHS hebt seine Arbeitslosenprognose für 2014 deutlicher von 7,8 % auf 8,2 % an. Während das IHS unter der Annahme eines strengen Budgetvollzuges und konsequenter Umsetzung aktuell notwendiger Maßnahmen das geplante Maastricht-Defizit des Staates iHv 2,7 % des BIP im Jahr 2014 und iHv 1,4 % des BIP im Jahr 2015 bestätigt, enthält die WIFO-Prognose für beide Jahre höhere Budgetdefizite, für 2014 werden 2,8 % bzw. für 2015 1,7 % des BIP prognostiziert.
- Auszahlungsseitig bestehen weiterhin Risiken im Pensionsbereich, wenn der zugrunde gelegte Anstieg des faktischen Pensionsantrittsalters nicht erreicht wird oder Verschiebungen in andere Budgetbereiche stattfinden (z.B. Arbeitsmarkt) sowie beim Personalaufwand einzelner Ressorts.



- Durch den vorgesehenen Konsolidierungspfad ist die Entnahmemöglichkeit von Rücklagen der Ressorts eingeschränkt. Im Bundesvoranschlag 2014 wurden bei einem Stand der Rücklagen iHv 17,3 Mrd. EUR per Ende 2013 nur Rücklagenentnahmen iHv 611 Mio. EUR budgetiert. Es ist davon auszugehen, dass die Ressorts im 2. Halbjahr 2014 weitere Rücklagenentnahmen im Rahmen des Budgetvollzuges beabsichtigen, um zusätzliche Budgeterfordernisse abzudecken. Soll der angestrebte Budgetsaldo nicht gefährdet werden, so sind zusätzliche Rücklagenentnahmen im Budgetvollzug saldenneutral grundsätzlich nur dann möglich, wenn den dadurch bewirkten Mittelverwendungsüberschreitungen Mehreinnahmen oder nennenswerte Rücklagenbildungen in der eigenen oder in anderen Untergliederungen gegenüberstehen. Der Bundesminister für Finanzen muss den Rücklagenentnahmen im Budgetvollzug zustimmen.
- Insgesamt besteht das Risiko der Nichteinhaltung fiskalpolitischer Zielvorgaben der EU. Aufgrund der bestehenden Gefahr einer deutlichen Abweichung gegenüber den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Hinblick auf den Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel musste Österreich die budgetären Maßnahmen für 2014 nachbessern. Die Europäische Kommission wird die Einhaltung der Vorgaben spätestens im Herbst im Zuge der Überprüfung der Übersicht über die Haushaltsplanung Österreichs 2015 erneut prüfen, weil die bisherige Beurteilung nur das Jahr 2014 umfasste. Dabei ist die Notwendigkeit zusätzlicher Sanierungsschritte derzeit nicht auszuschließen. In den aktuellen Länderspezifischen Empfehlungen des Rates der EU wird Österreich u.a. empfohlen, die Maßnahmen rechtzeitig und rigoros umzusetzen und seine Haushaltsstrategie im Jahr 2015 erheblich zu straffen.
- Im Hinblick auf allenfalls erforderliche gesetzliche Maßnahmen ist eine laufende und rechtzeitige Information im Rahmen des Prozesses der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung und Überwachung zu begrüßen.



## Budgetvollzug Jänner bis Mai 2014 und Ausblick für das Gesamtjahr

### Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Entwicklung des Bundeshaushaltes von Jänner bis April 2014 (31/BA)
- Monatserfolg März 2014 (24/BA)
- Monatserfolg April 2014 (28/BA)
- Monatserfolg Mai 2014 (32/BA)
- Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 1. Quartal 2014 (23/BA)
- Bericht gemäß § 54 Abs. 12 BHG 2013 über die im 1. Quartal 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen (MVÜ) (27/BA)

### Aggregierte Entwicklung des Bundeshaushaltes bis Mai 2014

Finanzierungsrechnung	Monatserfolg	Monatserfolg kumuliert				Jahreswerte			
	Mai 2014	Jän.-Mai 2013	Jän.-Mai 2014	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	v. Erfolg 2013	BVA 2014	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
<b>Allgemeine Gebarung</b>									
Einzahlungen	7.737,7	24.802,4	26.257,4	1.455,0	5,9	71.363,7	72.195,8	832,0	1,2
Auszahlungen	6.092,8	30.239,0	31.933,6	1.694,6	5,6	75.567,3	75.765,1	197,8	0,3
<b>Nettofinanzierungsbedarf</b>	<b>1.644,9</b>	<b>-5.436,6</b>	<b>-5.676,3</b>	<b>-239,6</b>	<b>-4,4</b>	<b>-4.203,6</b>	<b>-3.569,3</b>	<b>634,2</b>	<b>15,1</b>

Quelle: BMF, Monatserfolg Mai 2014

Per Mai 2014 sind die Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mrd. EUR oder 5,9 % angestiegen (budgetierter Jahreswert +1,2 %). Zuletzt hat sich diese Entwicklung jedoch etwas abgeschwächt, bis Ende April 2014 betrug das Wachstum der Einzahlungen noch 6,9 %. Mit 1,7 Mrd. EUR sind die Auszahlungen bis Ende Mai im Vorjahresvergleich um 5,6 % angestiegen, für das gesamte Jahr ist nur ein Wachstum der Auszahlungen iHv 0,3 % budgetiert.



## Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr

Im Folgenden werden auszugsweise jene Untergliederungen dargestellt, die im Finanzierungshaushalt hohe absolute und prozentuelle Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres aufweisen.

UG	Finanzierungsrechnung, Einzahlungen	Vergleich Jän-Mai 2014 mit Jän-Mai 2013		Vergleich BVA 2014 mit Erfolg 2013	
		Unter- schied in Mio. EUR	Unter- schied in %	Unter- schied in Mio. EUR	Unter- schied in %
16	Öffentliche Abgaben	1.028,9	6,4	2.080,6	4,5
46	Finanzmarktstabilität	332,6	252,6	533,1	28,1
20	Arbeit	102,0	4,8	181,8	3,1
25	Familien und Jugend	99,4	4,0	362,4	5,3
51	Kassenverwaltung	-188,7	-16,3	-481,2	-24,9
	<b>übrige Untergliederungen</b>	<b>80,8</b>	<b>2,9</b>	<b>-1.844,6</b>	<b>-20,3</b>
	<b>Allgemeine Gebarung</b>	<b>1.455,0</b>	<b>5,9</b>	<b>832,0</b>	<b>1,2</b>

UG	Finanzierungsrechnung, Auszahlungen	Vergleich Jän-Mai 2014 mit Jän-Mai 2013		Vergleich BVA 2014 mit Erfolg 2013	
		Unter- schied in Mio. EUR	Unter- schied in %	Unter- schied in Mio. EUR	Unter- schied in %
46	Finanzmarktstabilität	749,5	35.233,1	-1.454,9	-44,3
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	544,6	24,0	507,0	7,9
20	Arbeit	231,6	8,6	320,8	4,8
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	205,0	5,6	362,5	4,2
45	Bundesvermögen	-219,6	-24,9	-177,1	-10,3
30	Bildung und Frauen	-374,3	-10,1	-437,7	-5,1
	<b>übrige Untergliederungen</b>	<b>557,8</b>	<b>3,3</b>	<b>1.077,2</b>	<b>2,7</b>
	<b>Summe Allgemeine Gebarung</b>	<b>1.694,6</b>	<b>5,6</b>	<b>197,8</b>	<b>0,3</b>

Quelle: Monatserfolg BMF, eigene Darstellung



## UG 16-Öffentliche Abgaben

Die öffentlichen Bruttoabgaben sind bis Ende Mai um rd. 1,4 Mrd. EUR bzw. 4,7 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Budgetiert wurde ein Anstieg um 3,9 %. Erste Trends bei den einzelnen Abgabenarten sind erkennbar, allerdings kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf die Abgabentwicklung für das Gesamtjahr geschlossen werden. Die etwas pessimistischeren Konjunkturaussichten könnten sich dämpfend auf die Einnahmenentwicklung auswirken. Besonderheiten weisen folgende Abgabenarten auf:

- **Veranlagte Einkommensteuer:** Die Einzahlungen liegen bis Ende Mai um rd. 276 Mio. EUR bzw. 38,8 % über jenen des Vorjahreszeitraum. Budgetiert wurde ein Anstieg um 12,2 %. Es ist zu erwarten, dass sich der bisherige Trend etwas abschwächen und an den budgetierten Anstieg annähern wird. Die gute Entwicklung ist unter anderem auf die höheren Einnahmen aus der Besteuerung bei der Veräußerung von Grundstücken („Immo-Est.“) zurückzuführen. Für das Gesamtjahr erwartet das BMF rd. 300 Mio. EUR aus dieser Position, 2013 betragen die Einnahmen aus der Immo-Est. 212,8 Mio. EUR. Weiters wirkt sich die 2012 beschlossene Halbierung der Bausparprämie und der Prämie zur Zukunftsvorsorge erstmals im vollem Ausmaß auf die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer aus.
- **Lohnsteuer:** Die Dynamik bei den Einzahlungen aus der Lohnsteuer bleibt weiterhin aufrecht. Bis Ende Mai 2014 lagen die Einzahlungen um rd. 611 Mio. EUR bzw. 6,3 % über jenen des Vorjahreszeitraum. Der budgetierte Anstieg für das Gesamtjahr beträgt 5,7 %. Hauptverantwortlich für den Anstieg der Einzahlungen sind der Anstieg der Beschäftigung, die vereinbarten Lohnerhöhungen und das Wirken der kalten Progression. In den aktuellen Wirtschaftsprognosen wird für 2014 ein Anstieg der unselbständig Beschäftigten iHv 0,9 % erwartet. Für die Lohn- und Gehaltsumme wird ein Anstieg iHv 3,0 % erwartet. Bei der Erstellung des BVA 2014 ging man noch von einem Anstieg bei den unselbständig Beschäftigten iHv 1,0 % und bei der Lohn- und Gehaltsumme iHv 3,3 % aus.
- **Kapitalertragsteuer:** Bis Ende Mai liegen die Einzahlungen aus der Kapitalertragsteuer um rd. 60 Mio. EUR bzw. 7,2 % über jenen des Vorjahreszeitraum, bei einem budgetierten Anstieg von 2,3 %. Auffallend ist, dass dieser Anstieg ausschließlich auf die Kapitalertragsteuer auf Dividenden (+81,8 Mio. EUR) zurückzuführen ist. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge gingen zurück (-22,2 Mio. EUR).



- **Körperschaftsteuer:** Auch die Einzahlungen aus der Körperschaftsteuer haben sich bisher sehr gut entwickelt. Sie stiegen um 176 Mio. EUR bzw. 8,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bei einem budgetierten Anstieg von 3,0 %. Die Körperschaftssteuer verhält sich jedoch (ebenso wie die veranlagte Einkommensteuer) besonders volatil.
- **Umsatzsteuer:** Weiterhin schwach entwickelt sich die Umsatzsteuer. Die Einzahlungen lagen bis Ende Mai um rd.133 Mio. EUR bzw. 1,3 % über jenen des Vorjahreszeitraum. Budgetiert wurde ein Anstieg um 2,9 %. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die weiterhin schwache Entwicklung des privaten Konsums zurückzuführen. In den aktuellen Wirtschaftsprognosen wird für 2014 ein Anstieg des realen privaten Konsums von 0,8 % (WIFO) bzw. 0,7 % (IHS) erwartet. Die Inflationsprognose für 2014 ist mit 1,8 % weiterhin niedrig. Für den nominellen privaten Konsum wird für 2014 weiterhin mit einem Anstieg um 2,7 % gerechnet.
- **Alkoholsteuer:** Die Einzahlungen bis Ende Mai liegen um 113,7 % über jenen des Vorjahreszeitraum und haben somit beinahe das Gesamtvolumen aus dem Vorjahr erreicht. Dieser besonders starke Anstieg dürfte auf Vorzieheffekte aufgrund der mit 1. März 2014 wirksamen Erhöhung der Alkoholsteuer (+20 %) zurückzuführen sein.
- **Schaumweinsteuer:** Kaum Einnahmen konnten bisher aus der Schaumweinsteuer erzielt werden. Auch hier dürften Vorzieheffekte eine Rolle spielen. Das budgetierte Volumen für das Gesamtjahr scheint aus jetziger Sicht nur schwer erreichbar zu sein.
- **Kapitalverkehrsteuer:** Die Einzahlungen aus der Kapitalverkehrsteuer bis Ende Mai sind um rd. 194 % höher als die Einzahlungen aus dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser starke Anstieg ist größtenteils auf die Kapitalerhöhung der Raiffeisenbank International iHv rd. 2,8 Mrd. EUR zurückzuführen.

## UG 20-Arbeit

Die Auszahlungen in der UG 20-Arbeit sind bis Ende Mai 2014 um 8,6 % (231,6 Mio. EUR) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Budgetiert wurde ein Anstieg um 4,8 %. Während der Anstieg der variablen Auszahlungen, die knapp drei Viertel des Gesamtauszahlungen in der UG 20 ausmachen, nur knapp über Plan liegt, sind die fixen Auszahlungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik bisher deutlich stärker als budgetiert angestiegen.



Auch die Einzahlungen sind aufgrund der Zunahme der Beschäftigung stärker angestiegen als erwartet. Bis Ende Mai sind sie um 102 Mio. EUR bzw. 4,8 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Budgetiert wurde ein Anstieg um 3,1 %.

Die Arbeitsmarktlage bleibt weiterhin angespannt. Laut den aktuellen Quartalsprognosen von WIFO und IHS wird für 2014 eine Arbeitslosenquote von 8,1 % (WIFO) bzw. 8,2 % (IHS) erwartet. Damit liegen die aktuellen Prognose geringfügig über jenem Wert von 8,0 %, der bei der Erstellung des BVA 2014 angenommen wurde. Weiterhin wird trotz des Beschäftigungswachstums die Arbeitslosigkeit durch die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebots zunehmen.

Die aktuellsten Arbeitsmarktdaten des AMS vom Mai 2014 weisen einen Stand von 290.892 vorgemerkten arbeitslosen Personen aus. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert um 15,5 %. Besonders stark war der Anstieg der vorgemerkten Arbeitslosen bei ausländischen Arbeitskräften (+27,3 %), bei älteren Personen ab 50 Jahren (+23,0 %) und insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen (>6 Monate +42,9 %, >1 Jahr +69,5 %).

#### UG 46-Finanzmarktstabilität

Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR, gerundet</i>	2008	2009	2010	2011	2012	2013	BVA 2014	BVA 2015	BFRG 2016	BFRG 2017	BFRG 2018
Einzahlungen		277	572	641	513	1.898	2.431	112	52	50	50
Auszahlungen	900	4.896	528	80	1.887	3.286	1.832	431	531	431	303

Quellen: BRA, Strategiebericht, Budgetbericht

Im Budgetentwurf für 2014 sind Auszahlungen iHv 1,8 Mrd. EUR und bis zum Jahr 2018 Auszahlungen iHv 3,5 Mrd. EUR budgetiert. Im Jahr 2014 entfallen von den budgetierten Auszahlungen iHv 1,8 Mrd. EUR 1,5 Mrd. EUR auf Bankenkapitalisierungsmaßnahmen und 200 Mio. EUR auf eine Haftung für die Hypo-Alpe-Adria Bank AG. Darüber hinaus wird die zweckgebundene Sonderabgabe für Banken mit 128 Mio. EUR als Auszahlung veranschlagt. Die Einzahlungen für 2014 sollen um 533 Mio. EUR auf 2,4 Mrd. EUR ansteigen.





Bis Ende Mai 2014 belaufen sich die Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität auf 752 Mio. EUR, im April 2014 wurde zur Sicherstellung der regulatorischen Mindesteigenmittelanforderungen im Jahresabschluss 2013 eine Kapitalerhöhung von 750 Mio. EUR an der Hypo-Alpe-Adria Group AG (HAAG) durchgeführt. Die Einzahlungen iHv 464 Mio. EUR gehen im Wesentlichen auf die Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die BAWAG PSK iHv 350 Mio. EUR im März 2014 zurück. Weiters wurde die vollständige Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die Raiffeisen Bank International (RBI) iHv 1,75 Mrd. EUR budgetiert und erfolgte laut Medienberichten Anfang Juni 2014 nach Genehmigung durch die FMA.

### **Hypo-Alpe-Adria Group AG (HAAG)**

Im März 2014 entschied sich die österreichische Bundesregierung zur Errichtung einer Abbaubank in Form einer privatwirtschaftlich organisierten Kapitalgesellschaft ohne generelle Staatshaftung. Im Maastricht-Defizit des Bundes wird 2014 damit im Gegensatz zum Budget bereits der gesamte zusätzliche Kapitalbedarf zum Abbau der Hypo-Alpe-Adria Bank AG, der in den Budgetunterlagen auf 4 Mrd. EUR geschätzt wurde, wirksam.

Für 2014 bis 2018 sind in der Maastricht-Rechnung insgesamt 6,4 Mrd. EUR für weitere Risiken aus dem Bankensektor vorgesehen, neben dem Betrag von 4 Mrd. EUR für die Hypo-Alpe-Adria Bank belaufen sich die weiteren Vorsorgen auf 2,4 Mrd. EUR. Liquiditätsmäßig sind im Finanzierungshaushalt bis zum Jahr 2018 Auszahlungen iHv 3,5 Mrd. EUR budgetiert.

Der Bericht zu den Ergebnissen des Budgetcontrollings bzw. der Vorschau für 2014 enthält keine weiterführenden Prognosen zu Auszahlungen für die Bankenhilfen.

Aktuell wird im Nationalrat das Gesetzespaket zur Schaffung einer Abbaueinheit und über Sanierungsmaßnahmen der Hypo-Alpe-Adria Group AG (HAAG) beraten. Die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA) enthält hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte lediglich konkrete Angaben zu den Gründungskosten und den laufenden Kosten der beiden neuen Gesellschaften des Bundes HBI-Bundesholding und ABBAG, die ab 2015 auf 1,3 Mio. EUR pro Jahr geschätzt werden. Mit der Regierungsvorlage wird der zulässige Gesamtrahmen der gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz ergreifbaren Maßnahmen um 7 Mrd. EUR auf 22 Mrd. EUR erhöht, die für den Portfolioabbau erforderlichen öffentlichen Mittel werden nicht abgeschätzt. Laut den besonderen Erläuterungen zur Regierungsvorlage entfallen rd. 3,3 Mrd. EUR des



Erhöhungsbetrages auf Liquiditätsmaßnahmen. Im Finanzausschuss vom 24. Juni 2014 bzw. in der Sondersitzung zur HAAG am 25. Juni 2014 begründete der Bundesminister für Finanzen die Erhöhung des Rahmens gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz mit dem EU-Beihilfenbescheid für die HAAG und als Vorsorge für einen eventuellen Bedarf an sonstigen Bankenkapitalisierungsmaßnahmen. Nach dem EU-Beihilfenbescheid verbliebe für die HAAG per Ende April 2014 ein freier Rahmen von 2,9 Mrd. EUR. Laut der WFA zur Abbaueinheit und den Sanierungsmaßnahmen umfasst das Gesetzespaket von der Europäischen Kommission zu genehmigende Beihilfen. Nähere Details werden dazu jedoch nicht ausgeführt.

Gemäß der Beantwortung der dringlichen Anfrage im Zuge der Sondersitzung zur HAAG rechnet der Bundesminister für Finanzen mit weiteren Kosten für die HAAG iHv 4 Mrd. EUR, laut einer Einschätzung der Bank und Experten der Task Force. Bis Ende September 2014 ist laut Vorstand der Bank ein Zuschussbedarf iHv 1,4 Mrd. EUR notwendig. Nach Abzug der bereits erfolgten Kapitalerhöhung iHv 750 Mio. EUR sind Zuschüsse iHv 685 Mio. EUR bis zur Errichtung der Abbaueinheit budgetär vorgesehen, würden aber derzeit nicht gebraucht. Aufgrund vorliegender Gutachten werde derzeit von der Bildung von Rückstellungen für Prozesskosten abgesehen. Im letzten Hauptausschuss ging die Staatssekretärin des Bundesministeriums für Finanzen von einem weiteren Finanzierungsbedarf für die Hypo-Alpe-Adria iHv 4 bis 7 Mrd. EUR aus.

### **UG 30-Bildung und Frauen**

Für die UG 30-Bildung und Frauen wurden zum Vergleichszeitraum im Vorjahr 374,3 Mio. EUR weniger Auszahlungen getätigt. Dabei ist zu beachten, dass sich in dieser Untergliederung durch das Inkrafttreten der BMG-Novelle 2014 mehrere Veränderungen mit budgetären Auswirkungen ergeben haben. Die Ressortzuständigkeit und somit auch das Budget 2014 wechselte für den Bereich Kunst und Kultur in das Bundeskanzleramt, im Gegenzug kam der Bereich Frauenangelegenheiten in die UG 30. Der Zuständigkeitswechsel erfolgte mit März innerhalb des Finanzjahres und demnach sind die Budgetdaten für die ersten beiden Monate noch in den Ursprungsuntergliederungen enthalten. Dadurch fallen Minderauszahlungen iHv 78,7 Mio. EUR für den Wechsel des Kunstbudgets in die Untergliederung 32 an. Weitere Minderauszahlungen iHv 304 Mio. EUR ergeben sich aus dem veränderten operativen Zahlungsverlauf durch Änderung der Mietzinsfälligkeiten an die BIG. Höhere Auszahlungen iHv 76,8 Mio. EUR sind aus einer Nachzahlung der Strukturmittel (§ 4 Abs. 8 FAG-Mittel) und im Bereich der Allgemeinbildenden Pflichtschulen angefallen, die vor allem auf höhere Zahlungen für die Tagesbetreuung an die Länder zurückzuführen ist.



## **UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge**

Die Nettoauszahlungen erhöhten sich im Zeitraum Jänner bis Mai 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 545 Mio. EUR (+24 %), der budgetierte Jahresanstieg beläuft sich auf 7,9 %. Laut Bericht des BMF ist der überwiegende Teil auf geringere Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen zurückzuführen.

## **Budgetrisiken**

Bereits in der Budgetanalyse 2014 und 2015 hat der Budgetdienst eine Reihe von Budgetrisiken im Detail analysiert. Neben Risiken der Abweichung von den Einzahlungs- und Auszahlungsprognosen besteht insbesondere das Risiko der Nichteinhaltung der durch den Rechtsrahmen der EU vorgegebenen fiskalpolitischen Ziele. Im Rahmen der haushaltspolitischen Überwachung kam die Europäische Kommission nach der Bewertung der in einem Schreiben des Bundesministers für Finanzen angeführten zusätzlichen Maßnahmen für das Jahr 2014 zu der Auffassung, dass – sofern die Maßnahmen rigoros und rechtzeitig umgesetzt werden – keine erhebliche Abweichung vom Anpassungspfad zum mittelfristigen Ziel Österreichs mehr geplant ist. Die Gefahr einer Nichteinhaltung der Vorgaben besteht jedoch laut Europäischer Kommission auch 2014 fort, weshalb die österreichischen Behörden in den Länderspezifischen Empfehlungen aufgefordert werden, sämtliche notwendigen Maßnahmen zu treffen, um 2014 und darüber hinaus deren vollständige Einhaltung sicherzustellen.

Die Europäische Kommission wird die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Hinblick auf den Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel spätestens im Herbst im Zuge der Überprüfung der Übersicht über die Haushaltsplanung erneut prüfen. Bis 15. Oktober 2014 muss Österreich der Europäischen Kommission und der Euro-Gruppe eine Übersicht über die Haushaltsplanung für 2015 vorlegen und den Haushaltsplanentwurf veröffentlichen. Österreich hat zwar im Zuge der letzten Budgetberatungen eine aktualisierte Übersicht über die Haushaltsplanung 2014 vorgelegt, die 2014 und 2015 abdeckt, die Europäische Kommission wird das Budget 2015 jedoch erst im Herbst 2014 prüfen und eine Stellungnahme dazu abgeben. Dabei ist die Notwendigkeit zusätzlicher Sanierungsschritte derzeit nicht auszuschließen.



## Mittelverwendungsüberschreitungen und Vorbelastungen

Im 1. Quartal 2014 wurden noch auf der Grundlage des Gesetzlichen Budgetprovisoriums 2014 und des Bundesfinanzgesetzes 2013 Mittelverwendungsüberschreitungen iHv insgesamt 87,2 Mio. EUR genehmigt (Quartalswert im Vorjahr: 75,7 Mio. EUR). Davon entfällt knapp die Hälfte (40 Mio. EUR) auf eine Überweisung von Mittel des Kassenstrukturfonds an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, die aus unterjährigen Mehreinzahlungen bedeckt sind, und rd. 45,2 Mio. EUR (52 %) auf die Verwendung von Rücklagen in den Untergliederungen 33–Wirtschaft (Forschung), UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, UG 40-Wirtschaft und UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie.

Im 1. Quartal 2014 wurden neue Vorbelastungen des Bundeshaushaltes iHv 17,9 Mio. EUR (Vorjahr 2,2 Mio. EUR) eingegangen, davon betreffen 12,6 Mio. EUR die Entwicklung eines Wissenstransfermodells in der UG 31-Wissenschaft und Forschung, 3,9 Mio. EUR einen Verkehrsdienstvertrag über die Bestellung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen (Direktverbindungen Graz – Linz) der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie und 1,4 Mio. EUR verschiedene Projekte der Umweltschutzpolitik der UG 43-Umwelt.

## Hauptergebnisse aktueller Konjunkturprognosen von WIFO und IHS

Am 26. März 2014 veröffentlichten WIFO und IHS neue Prognosen zur Wirtschaftslage und zur Lage der öffentlichen Finanzen für die Jahre 2014 und 2015. Nachfolgend fasst der Budgetdienst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

### Reales BIP-Wachstum und Arbeitslosigkeit

Das WIFO hat die Ergebnisse der letzten Konjunkturprognose von März 2014 geringfügig nach unten revidiert. Im ersten Quartal 2014 entwickelte sich die Wertschöpfung wie erwartet, für das Gesamtjahr 2014 wurde das reale BIP-Wachstum jedoch von 1,7 % auf 1,4 % korrigiert. Für 2015 bleibt die Prognose von 1,7 % BIP-Wachstum aufrecht. Das IHS hat die Erwartungen im Vergleich zur März-Prognose für 2014 von 1,7 % auf 1,5 % und für 2015 von 2,0 % auf 1,9 % BIP-Wachstum zurück genommen. Laut WIFO entwickeln sich sowohl binnenwirtschaftliche Rahmenbedingungen als auch Auslandsnachfrage günstig, jedoch liegen nach wie vor erhebliche Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld. Auch das IHS führt weiterhin die internationale Konjunkturentwicklung als Abwärtsrisiko an.



Entsprechend der revidierten Wachstumsprognosen geht das WIFO auch von geringfügig höheren Arbeitslosenquoten (nationale Definition) aus, für 2014 und 2015 werden 8,1 % bzw. 8,3 % erwartet (zuletzt 8,0 % bzw. 8,1 %). Das IHS hebt seine Arbeitslosenprognose für die beiden Jahre deutlicher von 7,8 % auf 8,2 % bzw. von 7,6 % auf 8,1 % an.

### **Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit**

Das Bundesministerium für Finanzen geht im Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2015 bis 2018 von einem Maastricht-Defizit des Staates iHv 2,7 % des BIP im Jahr 2014 und iHv 1,4 % des BIP im Jahr 2015 aus. Diese Werte werden in der aktuellen Prognose des IHS unter der Annahme eines strengen Budgetvollzuges und konsequenter Umsetzung aktuell notwendiger Maßnahmen bestätigt. Demgegenüber sind in der aktuellen WIFO-Prognose für die beiden Jahre schlechtere Werte von 2,8 % bzw. 1,7 % des BIP angeführt.